

(01.09.2016 –15.09.2016)

Grüner Pressespiegel

Karin Müller, MdL

15.09.2016 - Müller und May (GRÜNE): Finanzierung der Uni Kassel - SPD Kritik ist substanzlos

Die GRÜNEN im Landtag widersprechen den Aussagen hinsichtlich der Finanzierung der Universität Kassel durch das Land. „Die schwarzgrüne Landesregierung hat die Finanzierung der Universität Kassel immens gesteigert“, betont der hochschulpolitische Sprecher der GRÜNEN Fraktion, Daniel May (Korbach). So sei der kamerale Zuschuss von 151,5 Millionen Euro in 2015 auf 159,5 Millionen Euro in 2016 gesteigert worden. Die Behauptung, die Universität werde von der Landesregierung „unterfinanziert“ sei daher unhaltbar.

Auch die Aussage die Universität sei nur auf 12.000 Studierende ausgelegt, entbehre jeglicher Grundlage. In der Zielvereinbarung mit dem Land Hessen sei anstatt dessen vereinbart, die Studierendenzahlen sollten sich bei 23.000 Studierenden einpendeln. „Die SPD hantiert offensichtlich mit völlig veralteten Zahlen. Es ist schon erstaunlich, wie man so frei von Sachkenntnis einfach mal Behauptungen in die Welt hinausposaunen kann“, kritisiert Daniel May weiter.

Die Kasseler GRÜNEN Abgeordnete Karin Müller verweist zudem auf die erhebliche Investitionstätigkeit des Landes an der Universität. So seien in dem neu eröffneten Campus Center rund 40 Millionen Euro verbaut worden. Mit den Bautätigkeiten jenseits der Moritzstraße werde der Uni-Standort nachhaltig gestärkt. Die Kunsthochschule werde zudem bis Ende 2018 für 21 Mio. Euro saniert. „Hinzu kommt, dass die Universität im neuen Hochschulbauprogramm HEUREKA II mit 100 Millionen Euro den zweithöchsten Betrag für eine Hochschule erhalten hat. Damit kann der Umzug der Naturwissenschaften von Oberzwehren an den Holländischen Platz vorangetrieben werden.“

Die beiden GRÜNEN Abgeordneten sehen insgesamt die Universität Kassel – so wie die Hessischen Hochschulen insgesamt – von der Landesregierung sehr gut ausgestattet. Der Hessische Hochschulpakt, der eine Rekordsumme von 9 Milliarden Euro für die Universitäten und Hochschulen vorsieht, fände bundesweit Anerkennung und sei von den Hochschulpräsidenten unisono begrüßt worden. „Investitionen in Bildung sind ein großer Schwerpunkt dieser Landesregierung. Die Kritik der SPD ist daher als substanzlos zu werten“, so Müller und May abschließend.

Nicole Maisch, MdB

08.09.2016 - Umweltprogramm 2030 ist weiteres Ankündigungspaket

Zur Vorstellung des „Integrierten Umweltprogramms 2030“ erklären Peter Meiwald, Sprecher für Umweltpolitik, und Nicole Maisch, Sprecherin für Verbraucherpolitik:

Die Umweltministerin strotzt derzeit geradezu vor Ideen – die sie am Ende des Tages in der Großen Koalition nicht durchsetzen kann. Das vorgelegte Umweltprogramm wird so zu einem weiteren Ankündigungspaket. So wie vorher das Wertstoffgesetz, das zu einem Verpackungsgesetz ohne jegliche umweltpolitische Wirkung eingedampft wurde. Oder der Klimaschutzplan, dem durch die Kabinettskollegen Gabriel, Dobrindt und Schmidt der Klimaschutz entzogen wurde. Das ist kein Regierungshandeln - Frau Hendricks macht Opposition in der eigenen Regierung.

Es ist richtig: Preise müssen die soziale und ökologische Wahrheit sagen. Verbraucherinnen und Verbraucher brauchen mehr Transparenz beim Einkauf, gerade bei ressourcenverschwendenden und klimaschädlichen Produkten. Wir fordern schon länger mehr Transparenz beim Fleischkauf und Milchkauf, damit Produkte aus industrieller Massentierhaltung erkennbar sind.

Was wir nicht brauchen: Noch mehr nichtssagende verwirrende Labels, die ihren Zweck nicht erfüllen, und damit gute Siegel schwächen. Das Umweltministerium muss tatsächlich für Klarheit und Koordinierung sorgen, wenn es um nachhaltigen umweltfreundlichen Konsum für die Verbraucherinnen und Verbraucher geht. Bisher deutet nichts darauf hin, dass sich die Ministerin gegen die Handelsverbände und ihre Widersacher in der Regierung durchsetzen kann.

Karin Müller, MdL

07.09.2016 - Lückenschluss auf dem Rhein-Radweg bei Lampertheim: Sicher Radeln am Fluss – von Andermatt bis Rotterdam

„Hessen wird immer mehr zum Fahrradland“, so kommentieren die GRÜNEN im Landtag die heutige Freigabe des Radwegs am Rhein zwischen Lampertheim/Rosengarten und Wehrzollhaus: „Die Eröffnung dieses Abschnitts ist ein wichtiges Signal für alle Radler, dass Hessen beim Radwegebau vorankommt“, erklärt die verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Karin Müller. „Verkehrsminister Tarek Al-

Wazir setzt zu Recht einen Schwerpunkt auf Radwege, sowohl in den Städten und Gemeinden als auch an Landstraßen und bei Fernradwegen.“

Der neue Radweg ist Teil des länderübergreifenden Rhein-Radwegs (EuroVelo 15) und schließt die bisherige Lücke auf der 1233 Kilometer langen Strecke von Andermatt in der Schweiz bis Rotterdam in den Niederlanden. In Hessen hat der Rhein-Radweg nun keine Lücke mehr. „Bisher mussten Radler hier auf der stark vom Schwerverkehr belasteten Landesstraße fahren, dank des neuen, von der Straße abgesetzten Radwegs können sie nun sicher am Rhein entlang radeln“, so Müller. „Der Radtourismus boomt. Von diesem wachsenden Markt kann auch das hessische Ried profitieren, es wird mit dem neuen Radweg für Radtouristen noch attraktiver.“ Der Weg nutze aber nicht nur Urlaubsradlern: „Radfahren ist nicht nur eine Freizeitaktivität, sondern ein fester Bestandteil des Alltags vieler Menschen. Der Lückenschluss verbessert die Verkehrssicherheit aller und macht das Radfahren in Südhessen attraktiver.“

Nicole Maisch, MdB

06.09.2016 - Hygiene-Barometer: Positives Signal für den Verbraucherschutz aus NRW

Zu den Plänen der NRW-Landesregierung für die Einführung eines Restaurant-Hygiene-Barometers erklärt Nicole Maisch, Sprecherin für Verbraucherschutz:

Die Einführung eines Hygiene-Barometers in Nordrhein-Westfalen ist vorbildlich für den bundesweiten Verbraucherschutz. NRW-Minister Remmel schafft damit, woran Bundesminister Schmidt seit Jahren scheitert. Die erstmalige landesweite Einführung eines Hygiene-Barometers wird Kundinnen und Kunden gute Orientierung geben, welche Restaurants und Imbisse hygienisch einwandfrei arbeiten und welche Gammelbuden sie besser meiden sollen. Herr Schmidt und seine große Koalition waren leider nicht in der Lage eine bundesweit einheitliche Lösung zu finden, obwohl sie wiederholt von der Verbraucherschutzministerkonferenz und dem Bundesrat dazu aufgefordert worden waren.

Rathausfraktion

05.09.2016 - Kasseler Osten ist ein guter Standort für Fernbusbahnhof

Die Grünen halten den geplanten Standort für den neuen Fernbusbahnhof im Kasseler Osten für gut geeignet. „Im Bereich des Ölmühlenweges stimmt die Anbindung an das Nahverkehrsnetz und der Standort ist von der Autobahn aus gut erreichbar“ ist die Einschätzung von Eva Koch, verkehrspolitische Sprecherin der grünen Rathausfraktion.

Das Gutachten zur Standortsuche sei im Ausschuss für Verkehr intensiv diskutiert worden. Dabei habe sich

gezeigt, dass ein möglicher Standort am Auestadion aufgrund der Randbedingungen deutlich schlechter abschneide. Gegenüber der jetzigen Lösung am Bahnhof Wilhelmshöhe werde die Stadt vom Durchgangsverkehr der Fernbusse deutlich entlastet“, so Eva Koch.

Die Grünen hoffen nun auf eine zügige Realisierung des geplanten Fernbusterminals im Kasseler Osten. So werde Kassel als neutraler Haltepunkt für Fernbuslinien gestärkt.